

STUTTGART STADT,
REGION
& LAND

Schulen zwischen Stick und Super-Server

Digitalisierung An der IT-Schule in Vaihingen sind gesicherte Chats zwischen Lehrern und Schülern seit Jahren Standard, am Ferdinand-Porsche-Gymnasium wartet man selbst auf den kabellosen Anschluss ans Internet. Das hemmt nicht nur den Dialog. Von Barbara Czimmer

Der Neubau für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik steht seit dem Jahr 2013. Drei Millionen Euro hat das Herzstück des Ferdinand-Porsche-Gymnasiums gekostet, es soll zum Tüfteln und Experimentieren einladen. „Einen kabellosen Internetzugang hat der Raum aber nicht“, sagt Schulleiterin Carmen Nasse. „Die Schüler müssen das Arbeitsmaterial auf Sticks speichern“, berichtet sie.

Gleich nach ihrer Amtseinstellung im vergangenen Sommer habe sie WLAN für alle Fachklassenräume beantragt. „Statt zu daddeln, müssen die Schüler lernen, sich in der digitalen Welt kompetent zu bewegen. Dazu braucht es eine gewisse Ausstattung, denn ohne sie ändert sich auch die Pädagogik nicht“, sagt Nasse. Am 1. Februar 2018 antwortete die Stadt: Jetzt, da das Porsche-Gymnasium den Zuschlag als Pilotschule für die landesweite Bildungcloud bekommen habe, müsse man wissen, welche technischen Voraussetzungen nötig seien.

2016 war Carmen Nasse noch Schulleiterin in Braunschweig und konnte mit einer Plattform samt Messengerdienst arbeiten. In Stuttgart muss sie mit der landesweit üblichen, kostenfreien Schulplattform Moodle vorliebnehmen. Sie dient nicht der schnellen, spontanen Nachrichtenübermittlung, sondern ist gedacht als Tisch, auf dem Materialien hinterlegt und

„Der Einsatz digitaler Methoden motiviert unsere Schüler.“

Andrea Funke-Fuchs, Schulleiterin

Terminkalender gespeichert sind. „Die beliebteste und weit verbreitete WhatsApp habe ich verboten, aber ich bin skeptisch, ob die Nutzung sich verhindern lässt, solange wir keine andere Lösung haben.“ Denkbar sei ein eigener Messengerdienst, nur koste der pro Schüler 30 Euro; „bei 780 Schülern ist das bis jetzt keine Option“.

Von einer Ausstattung wie an der IT-Schule in Vaihingen kann sie nur träumen. Im Stuttgarter Zentrum für Informations- und Medientechnik haben alle Schüler einen personalisierten Account. Damit können sie aufs schulische Intranet und auf Moodle zugreifen, auf den Schulserver, um Dateien auszutauschen, auf eine kostenlose, kommerzielle App für Stunden- und Vertretungspläne, und sie können mit einer eigenen E-Mail-Adresse am verschlüsselten Mailverkehr teilnehmen. „Das ist sozusagen die berufliche Adresse unserer Schüler, und sie können gut damit umgehen“, sagt Schulleiter Florian Leopold.

An dieser Schule muss keiner fürchten, dass das System in die Knie geht, obwohl alle Fachunterrichtsräume ins schulische Netz integriert sind: „Wir haben zwei zentrale Serverräume und vier weitere auf jeder Etage, für jeden Gebäudequadranten einen“, sagt Günther Schraitle, der Systemadministrator. Der Lehrer ist für die Pflege der Geräte und des Systems zuständig. Dafür erhält er sogenannte Ermäßigungsstunden, die er dann allerdings im eigentlichen Unterricht nicht mehr zur Verfügung



So sieht ein Klassenzimmer an der IT-Schule aus: Für jedes mobile Endgerät gibt es Anschluss ans Netz.

Foto: Lichtgut/Achim Zweygarth

WAS DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE BRINGEN

Kommune Im Herbst hat der Gemeinderat Mittel für den Ausbau der Digitalisierung freigegeben. Die Stellen im Amt werden auf 13 aufgestockt, für Technik und Software werden in den nächsten zwei Jahren 1,2 Millionen Euro ausgegeben, für die Glasfaseranbindung der Schulgebäude bis zum Jahr 2022 jährlich 3,1 Millionen Euro. 4,35 Millionen Euro jährlich machte der Gemeinderat für den Ausbau von Netzwerken und WLAN in Schulgebäuden frei. Der weitere Ausbau soll über die Dauer von zehn Jahren erfolgen. Nur 25 der 160 Schulen sind voll vernetzt, bei 46 fehlt

die Internetanbindung, die Ausstattung mit digitalen Endgeräten hält die Verwaltung für „nicht ausreichend“.

Land Mit der digitalen Bildungsplattform ella@bw unterstützt das Kultusministerium die Schulen dabei, „digitale Medien im Lehr- und Lernprozess rechtssicher zu nutzen“. Alle Lehrkräfte erhalten erstmals eine einheitliche dienstliche E-Mail-Adresse. Die Plattform integriert das bislang übliche Standardprogramm Moodle, eine Mediathek des Landesmedienzentrums, einen Cloudspeicher und soll um einen Messenger-

dienst erweiterbar sein. Ein zentrales Management soll die Zugriffsberechtigungen steuern. Den technischen Betrieb übernehmen die Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg sowie der kommunale IT-Dienstleister KIVBF.

Schulen Zur Teilnahme an der Testphase sind 100 Schulen aus 220 Bewerbungen ausgewählt worden, der Versuch soll im zweiten Schulhalbjahr 2017/18 starten. In Stuttgart sind das Ferdinand-Porsche-Gymnasium, das Wirtemberg-Gymnasium und die kaufmännische berufliche Louis-Leitz-Schule dabei. *cz*

steht. Er wird von Kollegen, zumeist Informatikern, unterstützt. „Bei Bedarf programmieren wir uns eine Software selbst“, sagt Schraitle. Zum Beispiel ein Programm zur automatisierten Synchronisation der Benutzerverwaltung.

Das hilft schon mal bei der Systempflege. In Vaihingen sind 850 Computer für 1500 Schüler zu betreuen. „Wir haben die Größe eines mittelständischen Wirtschaftsunternehmens, das normalerweise mehrere EDVler nur für diese Aufgabe beschäftigt. Wir Schulen haben ein Ressour-

cenproblem. Das wird der entscheidende Punkt bei der Digitalisierung sein“, so Leopold.

Bei WLAN-Lösungen sehen die ITler große Herausforderungen auf die Schulen zukommen: Sie sind anfällig für unberechtigte Zugriffe und illegale Aktionen, die Personalisierung ist aufwendig und teuer – so lautet ihr Urteil. „Wenn eine Schule jahrzehntealt ist und keine entsprechende Verkabelung vorhanden ist, dann ist WLAN die notwendige Basis der Digitalisierung“, so Florian Leopold.

Skudelný will Regenbogen-Familien stärken

Neujahrsempfang Der CSD hat das Motto des diesjährigen Festivals und die neue Schirmherrin vorgestellt. Von Caroline Holowiecki

Feuerrote Lack-High-Heels. Gabriele Arnold, 57 Jahre alt und Stuttgarter Prälaterin der Württembergischen Landeskirche, ist stets für ein Aha gut. Beim Neujahrsempfang des CSD-Vereins in Stuttgart und ihrem gleichzeitig letzten Auftritt als Regenbogen-Schirmherrin glänzte die Pfarrerin mit extrovertiertem Schuhwerk. Aber nicht nur für ihr modisches Statement wurde sie gefeiert. Natürlich wartete jeder am Samstagabend auf eine politische Aussage. Zu turbulent geht es in der Landeskirche zu nach dem Nein der Herbstsynode zum Kompromiss in Sachen Homo-Ehe und dem jetzigen Aufbegehren der mittleren Führungsebene. 80 Prozent der Dekane und 90 Prozent der Schuldekane wollen sich mit dem Votum nicht abfinden und fordern eine kirchliche Amtshandlung zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare. 41 Kirchengemeinden hierzulande haben sich zudem

bereits der Regenbogen-Initiative angeschlossen, die ihre Offenheit gegenüber Schwulen und Lesben betont. „Noch nie wurde so breit und so offen diskutiert und gestritten“, stellte Arnold klar, für Resignation gebe es daher keinen Grund. Sie sprach von Hoffnung, von einem „Perspektivwechsel“ (CSD-Motto 2017) an der Basis und bat Betroffene, sich gerade jetzt nicht von der Kirche abzuwenden, sondern stattdessen einzutreten und sich zu zeigen. „Aus Gottes Perspektive gibt es keinen Ausschluss und keine Diskriminierung.“

Mit frenetischem Applaus und einer herzlichen Umarmung von Christoph Michl, dem Geschäftsführer der IG CSD Stuttgart, wurde, die richtige Frau zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle“ verabschiedet. Als neue Schirmherrin für die CSD-Kulturtag, die vom 13. bis zum 29. Juli stattfinden werden, wurde die FDP-



Die FDP-Abgeordnete Judith Skudelný ist neue Schirmherrin.

Foto: Martin Stollberg

Bundestagsabgeordnete Judith Skudelný vorgestellt. Auch die ist eine, die etwas durchkämpfen kann, wurde sie doch 2009 als erste Abgeordnete mit Baby im Plenarsaal bundesweit bekannt. Tatsächlich überzeugte die Juristin aus Leinfelden-Echterdingen auch am Samstag schnell mit ebenso launigen wie markigen Worten. Sie habe die Schirmherrnschaft nicht übernommen, um ihr „Parteiprogramm herunterzubeten“, sondern um die Anliegen der Commu-

nity in die Politik hineinzutragen und für Normalität zu werben. Es gehe ebenso um die Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes, um die Stärkung von Regenbogen-Familien wie um die vollständige Rehabilitierung jener, die unter dem früheren Paragraphen 175 des Strafgesetzbuchs gelitten hatten, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe gestellt hatte. Und ums Flaggezeigen im Parlament. „Es wächst etwas, was kein Mensch mit Anstand in Deutschland wieder haben will“, betonte Skudelný.

Das Motto des CSD 2018 lautet „Expedition Wir“. Ausdrücken will man laut Michl damit zu zeigen, dass „nach der Ehe-Öffnung noch lange nicht das Ende der Reise“ erreicht ist. Ächtung und Repressionen seien weltweit nach wie vor an der Tagesordnung, auch in Deutschland würden wieder mehr Übergriffe registriert. Gleichzeitig soll „Expedition Wir“ ausdrücken, dass eine Gegenbewegung als Geist schon greifbar ist, und als Einladung mitzugehen wirken. Michl: „Es geht nicht um die Weltherkunft, sondern um Normalität. Es geht um die Verstärkung von lange, lange erkämpften Errungenschaften und die konsequente Weiterführung.“



Ein Stück Stadt

Mix am Markt

Zukunftsmusik Die gute Stube im Rathaus ist mit Brettern zugenanagelt. Dabei gehörte dort schon lange ein gutes Lokal hinein. Oder? Von Mirko Weber

I sog servas zu meina Gossn, und de Gossn griäßt net retour.
Ernst Molden, „Hammerschmidgossn“, auf dem Album „Wien“.

Amsterdam hatte vor einer Dekade elf Millionen Besucher im Jahr, zuletzt waren es achtzehn. Das fanden dann nur noch die wenigsten richtigen Amsterdamer lustig, weil sie sich meist wie Ausstellungsstücke zwischen Kiffern, Kreuzfahrtschiffkunden und Kulturcrüisern bewegen mussten, während die Innenstadt verarmte. Es lief auf die Wahl zwischen Luxusläden und Nutella-Shops respektive den Verkauf von Wasabi-Gouda hinaus. Schwer in Gefahr war, was man im Land allgemein sehr schätzt: wenn Menschen „gezellig“ sein können, das heißt, bei sich daheim und nicht nur außer Rand und Band sind. Folglich hat die Amsterdamer Stadtverwaltung rigoros die Airbnb-Raten gekürzt, peinliche Bierfahrräder verboten und lässt neuerdings Crowdmanager durchs Zentrum ziehen, die nach dem Rechten schauen. Man war sich – und das in einer alten Handelsstadt – dann doch einig: Profit ist nicht alles. Profil schon.

Eines der Stuttgarter Profilprobleme liegt am Markt (Umbau 2020 geplant, wie berichtet), direkt unterm Rathaus. Der Markt ist, keine Frage, wunderschön – solange Markt ist. Wenn kein Markt ist, also Dienstag, Donnerstag und Samstag nach 13 Uhr und an allen übrigen Tagen durchgehend, ist der Marktplatz ohne jeden Mix so ziemlich der ungeselligste Platz, der sich vorstellen lässt. Was nicht wenig daran liegt, dass es vis-à-vis meist seelenloser Läden kein Café (Nast abgerechnet) oder Lokal mehr vor Ort gibt. Der Ratskeller ist in einem Zustand, wie man ihn nur von unterfränkischen oder Oberlausitzer Zentren her kennt: vernagelt.

Wie man das Thema Zwischennutzung mit einem Pop-up-Lokal löst, lehrt ein Blick nach Wien, wo sich der Städter auch im Allerneuesten wiedererkennt: Aus dem schiachen Café Giensteil an der Hofburg, sozusagen zentral-zentral gelegen – Touristenkehrten hier hauptsächlich zum Toilettenbesuch ein –, hat die Konzeptagentur Friendship das temporäre Lokal „rien“ gemacht. Zwei junge Köche organisieren das Gegenteil des Namens: Vielfalt. Für bezahlbares Geld gibt es Sardinien mit fermentiertem Dill, Gulasch mit Handsemmerl (8,50 Euro), Käse von Hedi aus Vorarlberg und Altiener Apfelstrudel. Das Publikum ist jung und alt und neugierig, sehr gemischt, der Laden brummt. Aus dem, was an Licht beziehungslos funzlig unter der Decke hing, haben sie Skulpturen gebastelt, die leuchten. Städtische Tradition ist, wenn man (selbst-)bewusst weitergeht.

Demonstration

5000 gegen Feldzug der Türkei in Syrien

5000 Menschen, überwiegend Kurden, haben am Samstag auf dem Schlossplatz gegen die türkische Militäroffensive im Norden Syriens demonstriert. Die Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit Afrin“ hatte gegen 13 Uhr mehr Demonstranten angezogen als erwartet; der Veranstalter hatte 500 angemeldet. Die Demo war laut Polizei gegen 16 Uhr ohne Zwischenfälle beendet. Die türkische Regierung hat ihre Militäroffensive gestartet, um gegen die syrische Kurdenmiliz YPG vorzugehen. Die gilt für die USA und andere westliche Staaten als Verbündete im Kampf gegen den Islamischen Staat – für Ankara ist die YPG eine Terrororganisation. *wdo*

Kontakt

Lokalredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 71/12 72
E-Mail: lokales@stzn.de